



Infobrief



Eisenstadt, 30.07.2015

Betreff: Asylgipfel - Erstinformation

Sehr geehrte/r Frau/Herr Bürgermeister/in!

Sehr geehrte/r Frau/Herr Amtsleiter/in!

Am 17. Juli fand in Eisenstadt der von LH Hans Niessl und LR Mag. Norbert Darabos eingeladene Asylgipfel unter dem Motto „Für Menschlichkeit & gesellschaftliche Akzeptanz“ statt. Ziel war es, zunächst alle wesentlichen Partner bei der Bewältigung dieser humanitären Krise und der damit verbundenen Notsituation für flüchtende Menschen in einem ersten Gespräch zu vernetzen und die weitere Vorgangsweise abzustimmen. Der GVV Burgenland war, so wie auch der Städtebund Burgenland und der Burgenländische Gemeindebund, bei diesem Gipfel geladen und konnte – gemeinsam mit den beiden anderen großen Kommunalverbänden – die Position der Gemeinden vertreten.

Kernpunkte dieser Asylgespräche waren:

- ✓ Aktive Einbindung der Gemeinden und Bürgermeister bei der Asylunterbringung
- ✓ Das Land Burgenland gewährt Gemeinden finanzielle Unterstützung für die Unterbringung von Asylsuchenden.
- ✓ Kleinquartiere und frühe Einbindung der Bevölkerung sollen die Unterbringung auf breiter gesellschaftlicher Basis gewährleisten
- ✓ Das Land übernimmt 30%, max. aber 10.000 Euro, für die Herstellung der nötigen Infrastruktur (Kanal-, Wasser-, Stromanschluss) und Sanierungs- bzw. Adaptierungsmaßnahmen in den Gemeinden (Voraussetzungen: Aufnahme von mindestens 10 Asylwerbern, zeitlich befristet bis Jahresende, Zweckwidmung für Flüchtlinge für mindestens 5 Jahre)

Im Zentrum des Gesprächs stand die Unterbringung von Flüchtlingen in den burgenländischen Gemeinden, für die LH Hans Niessl finanzielle Unterstützung seitens des Landes angekündigt hat. Dabei soll als Richtwert 1% der Einwohnerzahl einer Gemeinde = Anzahl der unterzubringenden Flüchtlinge pro Gemeinde gelten.

Es soll eine klare Differenzierung zwischen Kriegsflüchtlingen und Wirtschaftsflüchtlingen geben und es wurde auch vom GVV mehrfach betont, dass die Unterbringung „in verträglicher Relation zur Bevölkerungszahl“ stehen müsse, da Massenquartiere für Asylsuchende strikt abzulehnen sind. Außerdem müssen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister immer vorab informiert werden. Erstes Ziel ist daher eine verbesserte Information der Gemeinden, und die Stellung der Bürgermeister soll stärker berücksichtigt werden. Das gemeinsame Bekenntnis aller war außerdem, dass man im ganzen Land auf kleine Einheiten setzen will, weil nur dann die Akzeptanz durch die Menschen in den Gemeinden gegeben ist.

Von den teilnehmenden NGOs ist die Erstellung einer Wohnungsbörse von Privatwohnungs- und Hausbesitzern angeregt worden. Diese Idee wurde von allen Teilnehmern sehr positiv aufgenommen und wird nun nach Abklärung der Details so auch umgesetzt. Generell soll hinkünftig der Informationsfluss unter verbesserter Einbindung der Gemeinden und Bürgermeister bzw. der aller beteiligten NGOs weiter verbessert und ausgebaut werden.

Das Land wird außerdem die Gemeinden bei der Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge finanziell unterstützen. Gefördert werden 30% der Kosten, höchstens jedoch 10.000 Euro, für die Herstellung der nötigen Infrastruktur (Kanal-, Wasser-, Stromanschluss) und Sanierungs- bzw. Adaptierungsmaßnahmen.

Außerdem gibt es seit dem Asylgipfel 14-tägige Besprechungen zum Thema Asyl. Die Leitung dabei hat Bezirkshauptmann Mag. Martin Huber von der BH Neusiedl, da dieser Bezirk vom Flüchtlingsproblem am meisten betroffen ist.

Es wurde ein neuer Vorschlag zur Unterbringung der Asylwerber eingebracht. Dieser sieht eine proaktive Vorgangsweise der Gemeinden vor, dh. es soll nicht nur in Privatquartieren eine Unterbringung stattfinden, sondern in gemeindeeigenen Quartieren. Damit hätten die Gemeinden folgende Vorteile:

- a) Steuerungsmöglichkeiten
- b) wäre die Abwicklung über die Gemeinden auch besser administrierbar
- c) Asylquote kann auf breiter gesellschaftlicher Basis und ohne Massenquartiere erfüllt werden (kleinstrukturierte Lösung ganz im Sinne der Länder und Gemeinden)
- d) jeder Flüchtling in der Gemeinden hat auch dort seinen HWS dh. er/sie bringt der Gemeinde mehr Ertragsanteile

Im Detail würde dieser Vorschlag so aussehen:

Für die Asyl-Selbstversorgung gibt es derzeit € 19,- pro Person pro Tag vom Bund.

Davon würde die Gemeinde € 12,5 pro Person und Tag a) für Unterbringung (11€) und b) für Administration und Informationsbetreuung (1,5€) einbehalten. Der Rest geht an die jeweiligen Asylwerber (Betreuungsgeld) bzw. NGOs. Die NGOs würden dabei die sogenannte Sozialbetreuung übernehmen.

Als Notwohnblocks würden sogenannte „WoodRooms“, die von einer burgenländischen Firma produziert werden, zur Verfügung stehen und an die Gemeinden „verleast“ werden (mind. 2 Jahre) mit der Möglichkeit des späteren Ankaufs (Nachnutzung). Diese „WoodRooms“ sind weit hochwertiger und optisch ansprechender als Container, bestehen in der Grundsubstanz aus Holz und sind fix fertig eingerichtet. Die „Wartung“ bzw. alle Instandsetzungsmaßnahmen werden von der ausliefernden Firma übernommen (in den 11€ inkludiert). Sie können modular aufgestellt werden (Mindestbelegung 12 Personen).

Dazu wird eigentlich nur ein mindestens 300qm² großes Grundstück benötigt, das über die nötige Infrastruktur verfügt (Strom, Wasser, Kanal). Die pauschale „Typisierung“ dieser „WoodRooms“ seitens des Landes für eine einfache Baugenehmigung soll in Kürze vorliegen.

BEACHTEN: Jeder dieser Asylwerber wird in der Gemeinde auch als HWS gemeldet und bringt daher auch Ertragsanteile für die Gemeinden. Ziel dieser Modelle ist neben der breiteren Bürgerinformation und mehr Akzeptanz in der Bevölkerung auch die Unterbringung in Kleinsteinheiten.

Für Rückfragen steht Ihnen **Herr Wolfgang Hauptmann (Referatsleiter Abt.6), zuständig für die Grundversorgung, unter 02682 600 2331 oder wolfgang.hauptmann@bgld.gv.at zur Verfügung.** Gerne stehen Mitarbeiter des Landes für Informationsveranstaltungen in Ihrer Gemeinde als Experten zur Verfügung. Weitere gesonderte Information an alle Gemeinden mit weiteren genauen Details und Kalkulationen werden folgen.

Für die Verbände

*Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV Burgenland*

*LAbg. Bgm. Ingrid Salamon
Vorsitzende Städtebund Burgenland*